

Ernährungssouveränität braucht bäuerliche Kultur

Autor(en): **Bennholdt-Thomsen, Veronika**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **63 (2008)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-891379>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ernährungssouveränität braucht bäuerliche Kultur

Rudi Berli stellte in der letzten Ausgabe von K+P Visionen und Aktivitäten von Uniterre vor. Am Biogipfel erläuterte er die Anliegen der geplanten Initiative (siehe Kasten). Dazu ein Kommentar von Veronika Bennholdt-Thomsen.

«Gemeinschaft von Produzierenden und Konsumierenden fördern», steht über dem Interview in K+P 2/08. Genau! Nichts ist wichtiger als das. Denn in der globalisierten Marktgesellschaft sollen wir vergessen, woher die Nahrung kommt. Nämlich aus dem Boden, hervorgebracht durch die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern, nicht aber aus der Fabrik und dem Supermarkt. Wer will uns das vergessen machen? All die Profiteure einer globalisierten Wachstumsökonomie, für welche die Landwirtschaft ein Produktionszweig wie jeder andere auch sein soll. Sobald wir VerbraucherInnen schliesslich vergessen haben werden, woher die Nahrung kommt, wenn es definitiv keine Bauern mehr gibt, dann werden wir alle auf Gedeih und Verderb an der Ernährungssonde von Nestlé, Syngenta, Metro und Co. hängen. Rudi Berli berichtet von zwei Aktivitäten bei Uniterre, die dem gegensteuern. Einmal von der direkten Aktion, der «agriculture contractuelle de proximité», und dann von einer umfassenderen Initiative, die ich kommentieren möchte. Die Ernährungssouveränität soll in den Artikel 104bis der schweizerischen Bundesverfassung aufgenommen werden. Wenn der Staat, so findet Uniterre, durch entsprechende Regulierungen dafür sorgt, dass in der Landwirtschaft Arbeitsplätze geschaffen und bewahrt werden, indem er vor allem lohnende Produzentenpreise garantiert, dann werden die KonsumentInnen vor der konzernabhängigen Ernährungsweise bewahrt. Wunderbar, denke ich neidisch. Die schweizerische Verfassung macht solche Träume möglich. Im deutschen Grundge-

setz kommen noch nicht einmal die Worte «Landwirtschaft» und «Referendum» vor.

Dennoch, wo bleiben beim Uniterre-Vorschlag die Bäuerinnen und Bauern, die Marktfrauen, der Obst- und Gemüseladen an der Ecke, die handwerkliche Metzgerei, Bäckerei usw. – all jene also, die bislang erfolgreich für die Ernährungssouveränität gesorgt haben und der Liberalisierung des Agrarhandels zum Opfer fallen? Uniterre denkt mir zu eng nur an die landwirtschaftliche Lohnarbeit und setzt zu sehr auf die Karte der gesetzlichen Autorität des Staates. Jedoch, Lohnabhängigkeit, auch in der Landwirtschaft, unterscheidet sich deutlich vom Verhältnis zur Arbeit und zum Produkt, das unabhängige Bäuerinnen und Bauern haben, sowie zu den sozialen Bezügen, die sie pflegen. Denn ohne sie gibt

es auch keinen bäuerlichen Markt und keine handwerkliche Verarbeitung. Ferner brauchen wir den bäuerlichen Geist und die entsprechende Kultur in der Zivilgesellschaft. Auch dafür bringt die Schweiz besonders gute Bedingungen mit. Denn der basisdemokratische Geist, der aus der Verfassung spricht, wurzelt in der Geschichte der freien bäuerlichen Gemeinschaften. Die Ratlosigkeit hingegen, die mangelnde Fantasie hinsichtlich einer anderen, ökologischen Produktions-, Vermarktungs- und Konsumweise, die heutzutage in den städtischen Gesellschaften und vor allem im Norden herrscht, geht mit der schicksalhaften Unterwerfung unter die Lohnarbeit einher.

Wenn Arbeit und Arbeitskraft aber nur noch abstrakt als Ware gesehen und nur nach ihrem Geldwert bemessen werden, statt nach

dem Wert der konkreten Tätigkeit und ihres Produkts, ist es kein Wunder, wenn Nahrungsmittel nur nach abstrakten Inhaltsstoffen und dem abstrakten Geldpreis beurteilt werden. Woher sie kommen, auf welchem Boden sie gedeihen, durch welche handwerkliche und kundige händlerische Hand sie gegangen sind, ist dann egal.

«Hauptsache billig»: Dieses vom Konkreten abstrahierende Denken hat uns in die Abhängigkeit von Agrobusiness und Nahrungsmittelkonzernen gebracht, – auch in der Schweiz. Bevor die BürgerInnen bei einem Referendum für Ernährungssouveränität stimmen, müssen sie eingesehen haben, dass sie zu ZwangskonsumentInnen von dem geworden sind, was ihnen der Supermarkt vorsetzt und dass sie aufgrund der Fixierung auf den abstrakten Preis weitgehend selbst am Verlust dieses Aspekts der Ernährungssouveränität schuld sind.

Bäuerinnen und Bauern haben von der Natur ihrer Tätigkeit her einen wesentlich konkreteren Zugang zu den Lebensmitteln. Auch wenn heutzutage vieles davon verschüttet ist, so bleibt dennoch bestehen, dass sie selbst konsumieren, was sie produzieren, statt alles als Ware zu verkaufen und zu kaufen. Sie sehen und fühlen, wie es den Tieren und Pflanzen geht. Sie vergessen die menschliche Gegenseitigkeit nicht so leicht, eben weil sie darauf angewiesen sein können. Eine Initiative über Ernährungssouveränität tut deshalb gut daran, sich dieses Wissen zunutze zu machen und sich der zivilgesellschaftlichen Wurzeln in der bäuerlichen Kultur zu erinnern. Dann wird sie auch Erfolg haben, zumal in der Schweiz!

Ausschnitte aus dem Initiativtext-Entwurf

Art. 104bis Ernährungssouveränität

Der Bund verfolgt eine Ernährungspolitik nach den Grundsätzen der Ernährungssouveränität.

In diesem Sinn:

1. erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen
 - a. welche die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft fördern.
2. sieht der Bund Massnahmen vor, die eine effiziente Organisation der Branchenverbände sichern. Diese legen kostendeckende Produzentenpreise fest und steuern in Absprache mit allen Akteuren aus Produktion und Verteilung die Menge der produzierten Nahrungsmittel.
3. schenkt der Bund den Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Angestellten spezielle Beachtung und sorgt dafür, dass die Arbeitsverhältnisse national harmonisiert und den eidgenössischen Arbeitsgesetzen unterstellt werden.

Übersetzung aus dem Französischen durch K+P